

403-Rp

DIE GEDANKENWELT SALAZARS

PORTUGAL, GOA  
UND DIE  
INDISCHE UNION

März 1956

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
L I S S A B O N • 1 9 5 6

677





DIE GEDANKENWELT SALAZARS

PORTUGAL, GOA  
UND DIE  
INDISCHE UNION

März 1956



SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
L I S S A B O N • 1 9 5 6

403-RP

INCORPORAÇÃO

F. 25  
F. 29

DIE GEDÄNKENWELT SALAZARS

PORTUGAL GOA  
UND DIE  
INDISCHE UNION

März 1956

EMPRESA TIPOGRÁFICA CASA PORTUGUESA SUCESSORES, LIMITADA  
RUA DAS GÁVEAS, 103/109 — TELEF. 2 78 17 - 3 30 39 — LISBOA

L I S B O A • 1 9 5 6



Eine Anzahl von Vorkommnissen der letzten beiden Jahre richteten das Augenmerk der Welt auf Goa; dabei stand zweifellos die Rückwirkung dieser Geschehnisse in keinem Verhältnis zur Ausdehnung der in Frage stehenden Gebiete und zu ihrem wirtschaftlichen Wert. Der anmassende Anspruch der Indischen Union, Goa zu *befreien* oder — was dasselbe ist — Goa ihrem eigenen Gebiet und unter ihre Oberhoheit *einzugliedern*, ist von der gleichen Art wie viele andere Geschehnisse im Vorfeld des letzten Krieges und in der ungesicherten Zeit, die auf ihn folgte. Gewaltsame oder durch gestellte Volksabstimmungen gedeckte Annexionen, Gebietsstreitigkeiten und Zwist mit Waffengewalt, Grenzverletzungen, Organisation fünfter Kolonnen und politisch zweckbestimmter Terrorakte, absichtliche Umsiedlung und apokalyptische Fluchten von Bevölkerungsmassen, Missachtung der elementaren Rechte von Menschen und Nationen, all das steht täglich in der Zeitung, sodass das Empfinden der Völker eigentlich abgestumpft sein müsste. Und merkwürdigerweise geht dieser ganze Aufruhr und Umsturz der Verhältnisse, der einen Kriegszustand darstellt, vor sich in einem Schwall von Friedensaufrufen, Organisationen für den Frieden und Erklärungen friedlicher und freundschaftlicher Absichten! Wo solche Aufrufe aufrichtig gemeint sind, scheint es sich um einen verzweifelten Kampf der

Menschheit zu handeln, inmitten von Ruinen etwas zu retten, was man der rein materiellen Stärke entzogen wissen möchte, nämlich den Geist und eine seiner Schöpfungen: das Recht. Goa vermag Neugierde und Mitgefühl nur deshalb zu erwecken, weil es politisch und rechtlich durch ein Gesamt von Umständen und Besonderheiten zu einem geradezu einzigartigen Fall wird. In grossen Zügen werde ich mich bemühen sie aufzuzeigen.

## I.

Was man in Portugal den «Staat Indien» nennt, ist eine Gesamtheit von verstreuten Gebieten, davon einige mit unmittelbarem Zugang zum Meer, andere Enklaven der Indischen Union, mit einer Gesamtfläche von 4.000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von nur 600.000 Einwohnern. Diese Gebiete bilden verwaltungsmässig eine Provinz, die sich aus den drei Distrikten Goa, Damão und Diu zusammensetzt. Da die Hauptstadt und der bedeutendste Distrikt den Namen Goa tragen, wird oft auch das Ganze so genannt, sodass in der Abkürzung Goa der Portugiesische Staat Indien ist.

Um die gestückelte Gestalt Goas zu verstehen, das über mehr als 600 Kilometer an der Westküste des indischen Subkontinents verstreut liegt, muss man auf die Ursprünge zurückgehen und sich die politische Lage der Halbinsel Hindustan zu Beginn des 16. Jahrhunderts vor Augen halten.

Im Jahre 1498 entdeckten die portugiesischen Seefahrer den Meerweg nach Indien um das Kap der Guten Hoffnung herum. Anhand der zeitgenössischen Dokumente kann man feststellen, dass ein dreifaches Ziel die Portugiesen nach dem Orient führte, ein wirtschaftliches, politisches und religiöses, wobei letzteres eng mit dem politischen Ziel verbunden war. So wurde der Handel des Orients mit Europa umgeleitet, der über Suez und durch das Mittelmeer lief, eine neue Strasse durch den Atlantik



gezogen und Lissabon zur Handelsempore gemacht. Diese Tatsache musste zum Niedergang der italienischen Republiken führen und die türkische Macht mindern. Andererseits betrachteten die Portugiesen jener Epoche die Schwächung der türkischen Macht, indem sie den Rückhalt im Roten Meer und im Indischen Ozean unsicher machten und so den auf Europa ausgeübten Druck erleichterten, wirksamer als den frontalen Widerstand, der lange Jahre hindurch die Strategie der abendländischen Mächte ausmachte. Schliesslich war das «Christenmachen», die Missionierung der Völker und die Austragung der Botschaft Christi wie ein Imperativ der portugiesischen Nation, der in den von den Königen ausgehenden Befehlen treulich niedergelegt war. Wenn man zum Beispiel die Briefe von Afonso de Albuquerque (1507-1515) und von D. João de Castro (1538-1548) liest, die in ihrer Natürlichkeit lebendiger sprechen als die Zeugnisse der Geschichtsschreiber, wird man ergriffen von der Weite der politischen Konzeptionen, von der Kühnheit und gleichzeitig vom Realismus der Pläne und von jenem heiligen Eifer, dem ganzen Orient Glauben, Bildung und Seele des Abendlandes zu bringen. Im Grund genommen erweist sich das Unternehmen mehr idealistisch als auf Nutzen bedacht: das Handelsmonopol, solange es gehalten werden konnte, war nur die unentbehrliche Quelle der Mittel, um den beiden anderen Zwecken zu dienen.

Die Eroberung neuer Länder, die Unterwerfung neuer Völkerschaften standen nicht in der Absicht der Portugiesen. Gewiss wurde die Frage mehr als einmal im Kronrat aufgeworfen und dabei widerstreitende Meinungen vorgebracht; aber die Generallinie der Indienpolitik erfuhr in dieser Hinsicht keine wesentliche Aenderung. Versteht sich, dass für die angeführten Zwecke nichts weiter nötig war, als einige strategische Punkte an Land zu besetzen zur Stützung der Flotten, die auf den Meeren wachten und die Sicherheit der neuen Handelswege verbürgten. Ebenso versteht sich, dass diese Landbasen im allgemeinen von den kleinen örtlichen Königen überlassen wurden im Tausch gegen geleistete Dienste.

Im Streufeld der Oberhoheiten feudaler Art, die Hindustan wie die Beeren einer Traube unter sich aufteilten, waren die Rivalitäten und Kämpfe unter den kleinen Königen, die Familienstreitigkeiten um die Thronfolge an der Tagesordnung. Gerade in Goa war der Portugiese der Bundesgenosse des Hindus gegen den Mauren, dessen Herrschaft und Autoritätsmissbräuche auf dem Leben der nach Befreiung von seinem Joch strebenden Bevölkerung lasteten. In den mit den örtlichen Souveränen ausgehandelten Verträgen begnügte sich Portugal mit der Erlaubnis zur Errichtung von Festungen und den zu ihrer Verteidigung nötigen Geländestreifen, mit der dem Brauch der Zeit entsprechenden Anerkennung der Oberhoheit des Königs von Portugal durch Zahlung eines symbolischen Tributes und mit der Freiheit für die Missionare, den Glauben zu predigen. Die Gegengabe war die Freundschaft des Königs von Portugal, das heisst die Sicherheit der Meere und Häfen und die Handelsfreiheit, welche seine Geschwader verbürgten. Es gab keine Eingriffe in das Leben der Einwohner und ihre örtlichen Einrichtungen: sie blieben die gleichen, nur der natürlichen Entwicklung unterworfen und selbstverständlich beeinflusst durch die Anwesenheit des christlichen und sozial weiter fortgeschrittenen Abendlandes in jenen Landen.

Das damalige Portugiesische Reich des Orients war also ein völlig einzig dastehendes Reich: ein Seereich, das aufhören musste, wenn konkurrierende Nationen sich des Handels bemächtigten und die Seemacht geschwächt würde, die ihn kanalisierte und verteidigte. Man kann sagen, dass es zu Ende ging, als diese beiden Faktoren Portugal nicht mehr als Vormacht gehörten. Dennoch schlug Portugal, der Pionier der Entdeckungen und Träger einer Zivilisation, auf viele Arten Wurzel in den Ländern des Orients — von Indien bis in den malaiischen Raum, nach China und Japan, ohne die Stütze einer ausgedehnten Territorialherrschaft.

Und so erhebt sich die Frage, wieso das Reich des Orients verloren ging und Goa trotzdem portugiesisch blieb.



## II.

In den kleinen Länderstreifen oder Enklaven, die Vorfeld und Hinterland der Festungen und Handelshäfen bildeten, lebten die Eingeborenen weiter mit ihren Bräuchen, Beamten, ja eigenen Behörden. Doch mischten sich unter sie eine beachtliche Zahl von aus Europa gekommenen Händlern, Soldaten, Arbeitern und Meistern für Bau und Schiffsbau, Beamten verschiedener Art, Vertretern religiöser Orden und zahlreiche Missionare, von denen die einen durchreisten, viele andere aber blieben und sich niederliessen. Die «Heiratspolitik» von Afonso de Albuquerque, die darauf ausging, Menschen ans Land zu binden durch ständige Interessen und die Gründung einer legitimen Familie, schuf mit der Zeit eine Bevölkerung, in der sich das portugiesische Blut reichlich mit dem örtlicher Elemente vermischte. Gleichzeitig trugen die christliche Umgebung, die abendländische Kultur, die Einführung anderer Sitten, Gebräuche und Einrichtungen, die Ausbreitung der Sprache und die politischen Verbindungen mit einem hochangesehenen Land Europas dazu bei, eine Bevölkerung zu bilden und zu verwurzeln, die sich von den ethnischen Gruppen Hindustans vollständig unterschied.

Merkwürdigerweise schicken sich die Gegner der rassischen Unterscheidungen bisweilen an, die Menschen, aus denen sich der gesamte Bevölkerungskomplex Goa zusammensetzt, nach Hautfarbe, Sprache, Kleidung oder Religion zu zählen. Dort sind die einen Christen, andere Hindus oder Mohammedaner. Was es jedoch in Portugiesisch Indien hauptsächlich zu beobachten gilt, ist die Mentalität, die Lebensauffassungen, das geistige Klima. Kein Reisender mit einiger Erfahrung kann sich beim Uebergang aus der Indischen Union nach Goa dem Eindruck entziehen, in ein vollständig verschiedenes Land zu kommen, wo man europäisch denkt, fühlt und handelt. Vielleicht besteht keine geographische oder Wirtschaftsgrenze, aber unzweifelhaft eine menschliche Grenze: Goa ist die Verpflanzung des Abendlandes auf orientalischen Boden, die Verkörperung Portugals in Indien.

Der betonte Augenschein und das Vorherrschen dieser Tatsachen hatten seit langem wichtige Folgen in politischer und rechtlicher Hinsicht. Seit dem 16. Jahrhundert wurde in Erlassen, Königlichen Sendschreiben und Instruktionen angeordnet, nicht Mühe noch Geld zu sparen, um die verschiedenen Völkerschaften — und zwar besonders in Indien — einzubeziehen in die portugiesische Gemeinde. Schon 1505 empfahl D. Manuel bei Festlegung der Grundlagen für die portugiesische Verwaltung in Indien: «Die Christen, wo immer solche vorhanden sind, empfehlen Wir euch sehr, in allem zu fördern, wo ihr nur könnt, und dass ihr die Leute ehren und in allem gut behandeln lasset, und genau so die sich neu Bekehrenden, welcher Nation sie auch angehören, und die einen wie die anderen sollen belehrt und in Glaubenssachen unterwiesen werden.»

Es lohnt sich, eine Information des Indienrates gleich zu Anfang des 17. Jahrhunderts zu zitieren, wo dem König die Bedeutung dieses *Gerichtshofes* im Rahmen der portugiesischen Verwaltung vorgetragen wird. Darin heisst es: «Indien und andere überseeische Gebiete, mit deren Regierung sich dieser Rat befasst, sind weder unterschieden noch getrennt von diesem Königreich und gehören ihm auch nicht durch Union an, sondern sind Glieder desselben Königreiches wie Algarve oder irgendeine Provinz im Alentejo und zwischen Douro und Minho ( . . . ), und somit *ist ebenso portugiesisch, wer in Goa oder Brasilien oder Angola geboren wird und lebt, als wer in Lissabon geboren wird und lebt.*»

Mehrere von dort ausgegangene *Instruktionen* liessen sich von dieser Auffassung leiten, und aus den selben tiefen Wurzeln entsprang das Gesetz vom 2. April 1761 — als die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit noch nicht erreicht hatten —, wonach die aus Portugiesisch-Asien Stammenden für vollkommen gleich vor dem Gesetz erklärt wurden mit gleicher Geltung für die Inder, Christen oder nicht, wie für die Abkömmlinge von Europäern und ebenso für die Mohammedaner.



So versteht man, dass die Goesen sich nirgends als Inder betrachten oder bezeichnen, sondern als «Goa-Portugiesen». Deshalb besuchen sie auch dort oder im Mutterland die Schulen, üben freie Berufe aus, erfüllen öffentliche Funktionen, von der Bürokratie bis zur Justizverwaltung. Sie haben Befehlsstellungen und leitende Aemter inne, sind Richter, Minister und Gouverneure in Uebersee und vertreten sich selbst im Parlament, alles in vollkommener Gleichheit mit den übrigen Portugiesen und ohne die geringste Spur von rassischer Unterscheidung, für die übrigen in vielen Fällen gar kein Grund bestände.

Dies ist die soziologische, juristische und politische Realität, vor der sich die Indische Union in den Gebieten von Goa befindet, und daraus erklärt sich auch Art und Ablauf der dort vorgefallenen Ereignisse.

### III.

Die Indische Union erwarb ihre Unabhängigkeit am 15. August 1947 in dem Augenblick, als England die von ihm bisher ausgeübten Machtbefugnisse auf die Regierungen der beiden dort gebildeten Dominien übertrug. Der Weg zur Unabhängigkeit zeigt trotz der Dunkelheiten, die ihn in verschiedener Hinsicht verhüllen, klar die folgenden beiden Ansprüche. Erstens sollte Indien eine Verfassung haben, die *ganz Britisch-Indien* umfasste, das heisst die direkt von Gross-Britannien verwalteten Provinzen und die zahlreichen von Fürsten regierten Staaten Indiens, die als Untertanen Englands betrachtet wurden. Diese Staaten sollten sich dem neuen Indien einverleiben durch freiwilligen Beitritt oder mit Gewalt, wie es in einigen Fällen dann geschah.

Der zweite Anspruch zeigt sich in der Vorliebe der Kongressführer, den neuen Staat als *Dominium Indien* zu bezeichnen — statt dem von britischer Seite angeregten Namen *Dominium Hindustan* —, und zwar gewiss deshalb, damit dieser neue Staat leichter als legaler Erbe der Vertragsverpflichtungen des unteil-



baren Indiens und seiner Vertretung bei den Vereinigten Nationen und anderen internationalen Körperschaften angesehen werde, in die er kraft seiner Schaffung eintrat.

Bekanntlich scheiterte der Plan eines mit der Vertretung des ganzen Subkontinents politisch betrauten Indiens, und es entstanden zwei neue Staaten, die Indische Union und Pakistan. (Ceylon und Burma erhielten ihre Unabhängigkeit von der Britischen Regierung gesondert und direkt im Ceylon Independence Act von 1947 und im Burma Independence Act vom gleichen Jahr.) Trotzdem bestimmte der Grundgedanke von der Einheit *Indiens* im geographischen Begriff und *seiner Vertretung durch die Indische Union* auch weitherhin das Handeln der regierenden Männer der Indischen Union, ausserhalb der Vertragstexte und über den Augenblick hinaus, wo er seine politische und juristische Realität verlor.

Von dieser verhüllten und als selbstverständlich unterstellten Auffassung her wandte sich die Regierung der Indischen Union an Portugal (Memorandum vom 27. Februar 1950) und verlangte die Eröffnung von Verhandlungen zum Zweck der Ueberführung Goas in die Hoheit der Indischen Union. Die Portugiesische Regierung lehnte es ab, über die Abtretung der Gebiete und Völkerschaften ihres Staates Indien zu verhandeln mit der verfassungsrechtlichen Begründung, dass die Gebiete Goa, Damão und Diu integrierender Bestandteil der portugiesischen Nation seien und der Staat auf keine wie immer geartete Weise einen Teil des nationalen Territoriums oder der in ihm ausgeübten Hoheitsrechte veräussern könne (Verfassung, Art. 22). Dies entsprach genau dem Integrierungsprozess, der sich in 450 Jahren gemeinsamen Lebens entwickelt und vollendet hatte. Der Verfassungstext stellt schliesslich nur den Ausdruck der Unmöglichkeit für einen Staat dar, sich selbst zu verstümmeln, als wenn er keine moralische Einheit bildete.

Andererseits hätte ein Sicheinlassen auf Verhandlungen, abgesehen von der Grundlosigkeit des Ansinnens, bedeutet, dass man die Vertretung Indiens durch die Indische Union als legitim

angenommen hätte. Diese Seite des Problems ist besonders schwerwiegend, weil eine Uebertragung der politischen Vertretung des geographischen Begriffs Indien an die Indische Union die Grundlage des unabhängigen Daseins von Pakistan untergräbt, wenn nicht gar von Ceylon und Burma, da ja alle diese Staaten als gesetzwidrige Einsprengsel im Gebiet der Union betrachtet werden könnten. Die Gefahren einer solchen Auffassung entgehen den betroffenen Staaten gewiss nicht, weil ja dann ihre Unabhängigkeit in den Augen der Indischen Union die gleiche Fragwürdigkeit und Ungesetzlichkeit bekäme, deren die Union Portugal mit Bezug auf seinen Staat Indien bezichtigt.

Und so entstand der sogenannte Fall Goa.

Nach Erschöpfung der diplomatischen Mittel nahm die Frage andere Aspekte an, und zwar immer mit dem Zweck, einen äusseren Druck auszuüben, um Portugal für Verhandlungen zur Uebergabe Goas gefügig zu machen oder für Goa unerträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, damit es sich selbstübergäbe.

#### IV.

Der Fall Goa ist künstlich erfunden: während der englischen Herrschaft bestand er selbstverständlich nicht, ja er trat auch nicht in der ganzen langen Zeit seit 1885 in Erscheinung, als der Indische Nationalkongress für die *autonome Regierung* als sein Hauptstreben stimmte. Goa fiel nicht nur seiner Kleinheit wegen auf dem Subkontinent nicht auf, sondern es erfreute sich auch schon grösserer Vorrechte innerhalb der portugiesischen Nation, als sie die Inder für sich von Grossbritannien verlangten. Es wäre unverständlich, die Goesen mit einer politischen Aktion zusammenzubringen oder daran teilnehmen zu sehen, die in Bezug auf Portugal einen Rückschritt und in Bezug auf England einen Widersinn bedeutet hätte. Den Fall Goa, eine Frage Goa konnte es nicht geben; sie konnte nur in den Köpfen einiger Leute auftauchen, als der Fieberwahn einer ersehnten Unabhängigkeit,



die umso teurer schien, als ihre Erreichung lange zweifelhaft blieb, den falschen Gedanken gebar von der Einheit Indiens und seiner möglichen Gebietsausweitung auf Kosten vorher bestehender Hoheitsrechte.

Es brauchte Zeit und bedurfte einer hartnäckigen Aufputzungskampagne, um den Anspruch aus dem kleinen Kreis, in dem er ausgeheckt wurde, in weitere Schichten zu tragen, auf welche die Presse leicht einwirken konnte. Die Goesen hielten sich nach wie vor davon fern, und es wäre eine Selbsttäuschung zu denken, dass auch in der Indischen Union die Gebiete Portugiesisch-Indiens ein bewusstes und tiefgehendes Volksbegehren wären. Das Volk ebenso wie die Elite ausserhalb der politischen Kreise sieht in der Frage keine interessanten Elemente. Trotz ihres Bemühens, im Ausland ihre Ansprüche glaubhaft zu machen und damit durchzudringen, gelang es der Indischen Union nicht, bei den unabhängig Urteilenden eine Atmosphäre der Unterstützung, Sympathie, ja auch nur des Verständnisses zu schaffen, und zwar weder für die Vertretung *ihres Rechtes* auf Goa noch dafür, Portugal das Recht zu weigern, mit Goa in Indien zu verbleiben.

Die amtliche Stellungnahme der Indischen Union zur Behauptung *ihres Rechtes* auf Goa hat sich gewandelt je nach den Umständen, der Klarstellung der Probleme und den nacheinander verfochtenen Thesen. Nicht zu Diskussionszwecken, sondern lediglich der Ordnung halber, zähle ich die am meisten ins Auge fallenden Versionen auf:

- Goa ist eine *innerpolitische* Frage der Union, eine These, die inzwischen aufgegeben scheint;
- Goa ist für die Indische Union eine *aussenpolitische* Frage mit ernstern internationalen Weiterungen (Anspielung auf die Verträge des englisch-portugiesischen Bündnisses und auf den Nordatlantikpakt);
- Goa ist eine *innere Frage der Goesen*, die in die Lage versetzt werden müssen, ihr Geschick nach dem Grundsatz von der Selbstbestimmung der Völker zu wählen:



dabei würden sie entweder unabhängig werden oder sich der Indischen Union anschliessen als einzig mögliche Alternativen, weil die Union eine Fortsetzung der Bindung Goas an Portugal laut amtlicher Erklärung nicht dulden würde, auch wenn sie diese wollten und dafür stimmten. Im Uebrigen laufen die Antworten eins und zwei klar auf das selbe Ziel hinaus, da ein von Portugal losgelöstes Goa weder Möglichkeiten für ein unabhängiges Dasein noch Widerstandskräfte hätte, die ihm gestatten würden, sich der Absorbierung durch die Indische Union zu entziehen. Ausserdem möchte ich hinzufügen, dass diese These nur im abstrakten Raum und ausserhalb des Bereichs der realen Möglichkeiten vorgebracht wird; denn was Volksabstimmungen betrifft, hat die Indische Union bekanntlich die vertraglich mit Frankreich ausgemachte gekündigt, und es war ihr nicht möglich, diejenige durchzuführen, zu der sie sich Pakistan gegenüber verpflichtet hatte.

Allein das Problem ist auch noch in der anderen Beleuchtung gestellt worden, dass Portugal kein Recht habe, in Goa zu sein.

Diese These stammt aus dem Vorwurf des *Kolonialismus*, der im Fall Goa — als Ueberbleibsel eines Kolonialreiches — gegeben sei. Bekanntlich sind viele Länder in diesem Punkte sehr empfindlich, und besonders in Asien, wo in den letzten zehn Jahren grosse unabhängige Staaten sich aus der kolonialen Basis erhoben, ist der Antikolonialismus noch ein lebendiges Gefühl, das den Völkern einigen Zusammenhalt gibt, so lange sich in ihnen positive Faktoren von Einigkeit und Solidarität noch nicht entwickeln. So verständlich der Geisteszustand dieser Länder ist, lässt sich doch nicht darauf verzichten, in jedem Fall die Berechtigung der Vorwürfe nachzuprüfen.

Der Kolonialismus ist ein sachlich nachprüfbares wirtschaftliches und politisches Regime. Er spielt sich in greifbarer Wirklichkeit ab und lässt sich sozusagen auf Zahlen, konkrete

Tatsachen und Gesetzesstatuten zurückführen. Gewöhnlich versteht man darunter eine von ausserhalb des unterworfenen Gebietes ausgeübte Hoheitsgewalt, eine wirtschaftliche Ausbeutung zum mehr oder weniger grossen Nutzen des Kolonisators, einen politischen oder militärischen Vorteil, eine Unterscheidung zwischen Bürgern und Untertanen mit entsprechender Abstufung der Rechte, vor allem aber das Nichtvorhandensein politischer Rechte der Kolonialvölker und ihre Unmöglichkeit, in die heimischen Geschäfte einzugreifen. Allein es gibt keine Vorteile ohne entsprechende Ausgaben und Opfer. Ein seiner Sendung bewusstes kolonisierendes Land sichert bestimmt den Frieden, ist für die Ordnung verantwortlich, organisiert das Leben, fördert die Wirtschaft, investiert Kapitalien, erzieht die Bevölkerung und hebt, wie man feststellen konnte, ihren Lebensstandard, ja macht sie der Unabhängigkeit und Freiheit würdig. Die Frage ist erlaubt, ob dasselbe Ziel auf anderen Wegen rascher erreicht würde.

Die oben erwähnten Elemente gestatten die Beantwortung der Frage, ob Goa ein Fall von Kolonialismus ist oder nicht.

Finanziell war Goa immer eine Belastung für das Budget des Mutterlandes und wurde fast seit Anfang von vielen als ein Ruin für Portugal angesehen. Anscheinend sollte sich im Lauf der Jahrhunderte bestätigen, was D. João de Castro in einem Brief von 1540 schrieb, dass nämlich das Einkommen Indiens und «was an Subsidien aus Portugal kommt», für Festungen und Kastelle verbraucht wurde. Auch heutigentags hat sich die Lage nicht geändert, dass Goa seine eigenen Einkünfte und grosse Subsidien des Mutterlandes verbraucht (nicht gerechnet die ausserordentlichen Ausgaben, die in letzter Zeit für seine Verteidigung gegenüber der Indischen Union notwendig wurden).

Wirtschaftlich wird Goa weder persönlich noch kapitalmässig vom Mutterland ausgebeutet, und es bestehen auch keine Sondervorrechte in dieser Hinsicht. Was den Handel angeht, war wegen der grossen Entfernung der Anteil des Mutterlandes an Einfuhr und Ausfuhr des Staates Indien recht bescheiden.



Rechtlich gibt es keine Unterscheidung zwischen den Goa-Portugiesen und den Portugiesen auf dem europäischen Kontinent, den vorgelagerten Inseln und im sonstigen Uebersee. Die Goesen geniessen alle Rechte, haben Zugang zu allen Stellungen, üben jegliche Funktionen aus und gehen im ganzen portugiesischen Gebiet ihren Angelegenheiten nach.

Politisch ist Goa nicht nur kraft der Verfassung integrierender Bestandteil der portugiesischen Nation und bildet eine portugiesische Provinz mit verwaltungsmässiger und finanzieller Autonomie, sondern die Goesen beteiligen sich an der Bildung der zentralen Hoheitsorgane und nehmen daran teil unter gleichen Bedingungen mit allen übrigen Portugiesen.

So liegt der Fall, und er ist tatsächlich seltsam. Ja er ist sogar schwer zu verstehen bei der üblichen Art kolonialer Ausdehnung in der Welt und gegenüber den utilitären und materialistischen Begriffen, die weithin das politische Handeln beherrschen.

Die Völker haben jeweils ihren eigenen Charakter und reagieren nicht alle auf gleiche Weise. Der Portugiese zeigte von jeher die Neigung zur Schaffung eines moralisch einigen Vaterlandes mit in die Nation hineingewachsenen Gebieten und Bevölkerungen; für diesen Wunsch sah er kein Hindernis im Unterschied der Rassen und Religionen oder im weiten Auseinanderliegen der Länder. Sei dies nun eine geistige Haltung, Herzensneigung oder Sinn für menschliche Brüderlichkeit, so haben jedenfalls die angeschlossenen Völker im Lauf der Geschichte ihre lebendige Solidarität mit Portugal bezeugt wie die Zweige eines Baumes mit seinem Stamm und seinen Wurzeln.

In der Zeit, als Portugal unter spanischer Herrschaft stand (1580-1640) wurde der Widerstand im Orient gegen Holländer und Engländer vom Staat Indien fast allein getragen mit seinen Mitteln und Leuten, nicht mit den kärglichen Beihilfen von zuhause. Der Kampf in Brasilien gegen die Holländer, zu schweigen von der Wiedergewinnung von S. Tomé und Angola, war mehr die Tat der brasilianischen Siedler als der aus dem



Mutterland kommenden Kräfte. So zeigte und befestigte sich der Gemeinschaftsgeist. Aus solchen Tatsachen erwachsen Probleme in dem Sinn, dass sie Verpflichtungen schaffen. Die Portugiesische Regierung hat wiederholt beteuert, dass das Problem Goa vor allem ein moralischer Fall ist.

## V.

Aus dem vorauf Gesagten dürfte die moralische und rechtliche Unmöglichkeit für die Portugiesische Regierung von selbst hervorgehen, über die Auslieferung Goas zu verhandeln, und also ihre Pflicht und Bereitschaft, es in den Grenzen ihrer Macht zu verteidigen. Ausserdem ist erwiesen, dass die Goesen nicht aus der portugiesischen Souveränität befreit werden wollen, in erster Linie aus vaterländischem Empfinden und daneben aus wohl abgewogenen Gründen ihres Interesses. Und diese Einstellung beiderseits haben die Indische Union in eine Anzahl von Schwierigkeiten versetzt.

Die Aussenpolitik der Union lässt sich leiten von einem erklärten Pazifismus, von ideologischen Beweggründen und von den Gegebenheiten ihrer inneren Zustände. In dem als Tibetvertrag bekannten Staatsvertrag mit China wurden von beiden Ländern die Grundprinzipien festgelegt, die nach Ansicht beider Mächte im internationalen Leben herrschen und den Frieden zwischen den Nationen gewährleisten sollen: Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität, Nicht-Angriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Teils, Gleichheit und gegenseitige Vorteile, friedliches Zusammenleben. Diese Normen sind nur eine Abwandlung der Leitsätze der Charter der Vereinten Nationen, denen die Indische Union angehört, aber diese zieht ihre eigenen Grundsätze anderen Formulierungen vor und hat verschiedentlich versucht, sie bei den ihr am nächsten stehenden Ländern durchzusetzen.

Da nun aber Portugal nicht bereit ist, mit feindseligen Akten Angriffshandlungen der Indischen Union zu rechtfertigen, würde eine militärische Aktion oder einfach eine «Polizeiaktion» vonseiten der Union gegen Goa die Verneinung der moralischen Grundlagen ihrer Stellung und die Diskreditierung ihrer Politik bedeuten. Deshalb hat sich die Regierung der Union verzweifelt bemüht, die Übergabe Goas mit anderen Mitteln zu erreichen, aber im Rahmen ihrer Friedenspolitik ohne Ergebnis. Denn selbst bei sehr weitherziger Auslegung des Pazifismus ergeben ihre Handlungen oder die ihrer Agenten oder der von diesen eingesetzten Bevölkerungsteile stets die Verneinung eines oder des anderen Grundsatzes aus dem Tibetvertrag oder der Charter der Vereinten Nationen.

Es lohnt sich nicht, hier diese von der Union als friedlich hingestellten Handlungen aufzuzählen, die allgemein für Angriffshandlungen gegen Goa und die Goesen galten. Lissabon hat die Liste der vor allem in den letzten zwei Jahren begangenen Handlungen veröffentlichen lassen, die portugiesische Rechte und Hoheitsrechte am schwersten verletzt haben; sie dürfen als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Im Uebrigen ist ausser den wiederholten Einfällen der Satihagrahis, die für Indien typisch und eine Uebertragung dort landesüblicher Reaktionen gegen die Behörde auf Goa sind, nichts besonders Neues zu verzeichnen gewesen, weder in der Ausdrucksweise noch in den Handlungen und zur Anwendung gebrachten Methoden. Die lange Geschichte schlechter Nachbarschaften und der von Starken angezettelten Machenschaften gegen Schwache, deren Gebiet sie haben wollen, bieten mehr als genug Material für diesen Vorgang, wo sich kaum noch Neues erfinden lässt.

Auf all diese Handlungen hat die Portugiesische Regierung nicht mit dem geringsten Vergeltungsakt geantwortet, selbst da wo eine solche Vergeltung für die Indische Union besonders schmerzhaft wäre; sie beschränkt sich darauf, in ihrem eigenen Gebiet die Verteidigung zu organisieren und die Wirkungen der schlimmsten von der Indischen Union gegen Person, Eigentum



und Interessen der Goesen getroffenen Massnahmen zu bekämpfen. Zur Zeit geht die Hoffnung der Indischen Union dahin, dass die getroffenen Massnahmen Goa schliesslich erschöpfen und zur Uebergabe zwingen werden; Portugal nimmt die Stellung ein, die notwendigen Opfer ohne Ueberschreitung seiner normalen Möglichkeiten zu bringen, damit die Lage auf unabsehbare Zeit gehalten werden kann.

## VI.

Bis hierhin haben wir uns mit dem Fall Goa als einem Konflikt befasst, in dem die Indische Union und Portugal sich wegen eines beschränkten Gebietes gegenüberstehen. Die mit aller Sachlichkeit betrachteten Seiten des Falles sind jedoch nur der Vordergrund, auf dem sich diese wie viele andere Fragen Asiens abspielen. Hinter dem Anspruch der Indischen Union erhebt sich der Prospekt der ganzen asiatischen Frage Europa gegenüber und in Kürze ihr Uebergreifen auf den afrikanischen Kontinent.

Europa beherrschte in den letzten Jahrhunderten Asien wirtschaftlich und zum Teil politisch. Dass es dies zu seinem ausschliesslichen Vorteil getan habe, lässt sich vernünftiger Weise nicht behaupten; doch sei dem, wie ihm wolle, entstand eine im Grunde nationalistische Reaktion, die über den gesamten, als ein solidarisches Ganzes betrachteten asiatischen Kontinent hin wirksam wurde, sich entfaltete und in unseren Tagen einer historischen Periode das Ende setzt, wo die Führung der Angelegenheiten Asiens bei Europa lag. Der Vorgang geht weiter; Japan verlor die Führerrolle der Bewegung, aber diese schreitet fort. Das angestrebte Ziel ist die Unabhängigkeit der Völker und ihre Konstituierung in Staaten, die frei sind vom europäischen Eingriff; das Grundempfinden wendet sich gegen das erloschene Kolonialregime und darüber hinaus gegen sein Sinnbild, den Weissen Mann. Solche Reaktionen pflegen nicht im rechten Mass zu bleiben; sie werden aus den Grenzen treten, deren Ueber-

schreiten überlegten Menschen als unvorsichtig gilt. Daraus entstehen schwere Komplikationen.

Die erste ist folgende: Der Orient zählt in seinem Schoss nicht nur Gemeinschaften oder Staaten von ausschliesslich asiatischer Bildung. Zu ihm gehören auch, wenngleich von europäischer Wurzel oder Bildung, die Gemeinschaften, die Australien, Neuseeland und die Philippinen bilden, um nur die hauptsächlichsten zu erwähnen; denn auch Goa fiel darunter. Die antiwestliche Reaktion, der Hass auf Europa und den Westen im Allgemeinen, so unbegründet er auch sei, färbt also ab in Misstrauen gegen einige dieser Völker. Jedenfalls lässt sich eine vollständige Solidarität, die nur in diesem negativen Empfinden beruht, nicht erreichen.

Die Staaten am Beginn eines unabhängigen Daseins können nicht gleich den Zusammenhalt oder die innere Einheit alter Nationen aufweisen. Ihre heterogene Zusammensetzung und das Zivilisationsgefälle der verschiedenen Völkerschaften sind daher ein Grund von Anfälligkeit und der Quell innerer Schwierigkeiten. Die gewaltigen Flächenausmasse, die vielen Zehnten oder Hunderten von Millionen, nach denen die verschiedenen Völker zählen, sind gewiss eine Grundlage für Grossmächte, aber die Stärke vermag dem Ausmass von Ländern und Einwohnern noch nicht zu entsprechen. Dieser Zustand schafft Hemmungen und Ängste, die wirklich sind, obwohl unbegründet im Hinblick auf ein mögliches Wiederkommen des Westens, weil die Geschichte weder verschwindet noch wiederkehrt, aber in den Beziehungen zwischen den Völkern wirkt die Furcht manchmal wie Hass. In diesem Begriff erscheint für Asien die Schwächung des Westens auf jede Weise als ein Zuwachs an eigener Stärke.

Die koloniale Vergangenheit dieser Länder war nicht ausreichend für die rationelle Organisierung und methodische Ausbeutung aller ihrer gewaltigen potentiellen Reichtümer. Reichliche Kapitalien und eine intensive Technik sind ihnen unentbehrlich, und um die zur inneren Schaffung der einen wie der anderen nötige Zeit zu sparen (umso mehr, als die demogra-



phische Entwicklung die Regierenden erschrecken muss), musste man auf die Nationen zurückgreifen, die heute noch kapitalistisch und industriell überlegen sind. Allein die selbstverständlich notwendigen Garantien lassen die neuen Länder fürchten, dass mittels enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit die Tore zur politischen Beherrschung wieder aufgetan werden.

Auf einem solchen Boden gedeihen die *Schlagworte* einer ungesunden Propaganda wie Bazillen. Russland, das vom übrigen Asien gefürchtet wird (vielleicht, weil dieses den von ihm in den weiten Gebieten Zentralasiens geübten Kolonialismus vor Augen hat), bietet seine Hilfe an zur Befreiung anderer Völker und führt im Kampf gegen den kapitalistischen Imperialismus als aufgenötigter Genosse derjenigen, die den Kapitalismus zum Leben brauchten.

Diese Symptome mögen verschwinden und werden auch sicher mit der Zeit verschwinden, sodass man zu einer normalen internationalen Zusammenarbeit gelangt, wenn kein Faktor rückschrittlicher Art dazwischen kommt. Asien war stets die Welt der hermetisch abgeschlossenen Zivilisationen. Den asiatischen Kontinent im Grossen der Berührung mit dem Westen zu eröffnen, gilt vor allem als Vergewaltigung des Willens seiner Völker; diese werden zu der Auffassung geführt, dass die Vorteile die Nachteile nicht aufgewogen haben. Gewiss fand eine kulturelle Durchdringung statt, in manchen Fällen ausgedehnter und tiefer als in anderen, aber bestimmte Grundsätze der sozialen Gestalt und Kultur jener Völker haben sich so gut wie intakt erhalten.

Das Problem ist nun folgendes: Wie werden sie, auf sich allein gestellt, auf die Probleme des Lebens reagieren? Und wie werden sie ihr eigenes Dasein schliesslich organisieren?

Die leitenden Schichten sind europäisch gebildet, denken europäisch und haben europäische Einrichtungen in allen diesen Staaten eingeführt, die nun auch in weltumfassenden Organisationen sitzen und mitarbeiten. Andererseits schreitet die Welt vorwärts im Sinne der Einförmigkeit in grossen Abschnitten,

mindestens soweit sich diese ihr eröffnen; aber die grosse Schwierigkeit dort liegt in der möglichen Wiederkehr von Urelementen, unter Durchbrechung der dünnen Schicht, als die sich die dem Westen angeglichenen Einrichtungen trotz allem darstellen. Die Frage stehe hier ohne Antwort.

Nachdem die europäischen Stellungen in Asien so gut wie vollständig liquidiert sind, machen sich nun die neuen Staaten daran, eine Aufstandsbewegung in ganz Afrika ohne Unterschied anzufachen, als ob die Bedingungen in den verschiedenen afrikanischen Gegenden untereinander gleich und denen der asiatischen Völker ähnlich wären, die zur Unabhängigkeit gelangt sind. Seit Bandung steht die Indische Union sichtbar an der Spitze der Bewegung.

Abgesehen von den vier oder fünf in Afrika gelegenen unabhängigen Staaten und von dem mittelmeerischen Streifen dieses Kontinents, der augenblicklich seine Entwicklung zu einem Regime autonomer Regierungen oder assoziierter unabhängiger Staaten beschleunigen will, kann man sagen, dass das übrige Afrika jetzt und für einen unabsehbaren Zeitraum weiter unter der Herrschaft und Leitung eines zivilisierten Staates leben muss. Unbeschadet der in jüngster Zeit von Gross-Britannien in übrigens beschränkten Teilen gestarteten politischen Experimente, sind die grössten Flecken Afrikas europäische Abhängigkeitsgebiete ohne Vorbedingungen zur Bildung unabhängiger Nationen auf demokratischer Grundlage, wie man heute sagt. Die öffentliche Verwaltung und die Leitung der Arbeit liegen, wie es nicht anders sein konnte, in den Händen kleiner europäischer Minderheiten. Diese Aufgaben können weder aufgegeben noch global und ohne Unterscheidung den autochtonen Elementen übergeben werden. Zwar kann man sich dort Ueberführunggen von Hoheitsfunktionen vorstellen, aber nicht deren Preisgabe. Hier liegt der Kern des Problems.

Der asiatische Antikolonialismus beansprucht vor allem und unverzüglich, die Sympathie und Solidarität der mohammedanischen Völker an sich zu ziehen, die auf ganz bestimmte Lösungen



in konkreten Fällen aus sind; allein dieser Antikolonialismus, wenn er sich in Begriffen breiterer Anwendung äussert, kann dem oben ausgeführten Zustand nicht ausweichen und keine Zweifel an der Unmöglichkeit haben, die Gemeinschaften der farbigen Afrikaner in viele oder wenige unabhängige Staaten zu konstituieren. Vor allem die Indische Union kennt die Lage recht gut, obwohl sie sich in zweideutiger Weise angeblich interessiert zeigt an einer überstürzten Entwicklung in der erwähnten Richtung.

Die ganze Ostküste Afrikas, einschliesslich Madagaskar, und Südafrika bilden Gebiete einer bedeutenden indischen Einwanderung und Festsetzung. Ein Land, das wie die Indische Union mit einer sehr dichten Bevölkerung zu schaffen hat, müsste an diesem friedlichen Abfliessen von eigenen Volkselementen Interesse haben, die eigene Einnahmequellen bilden und Träger des örtlichen Fortschritts sein können. Dazu wäre es allerdings wesentlich, dass sie nicht danach trachtete, aus der Niederlassung dieser demographischen Elemente Situationen entstehen zu lassen im Zusammenstoss mit den Rechten oder Interessen der Hoheitsmacht, und dass man nicht vor hätte, sich an die Stelle des Europäers zu setzen, sondern vertrauensvoll mit ihm zusammenzuarbeiten. Das heisst, die Auswanderung aus der Indischen Union dürfte keinen politischen Zwecken dienstbar gemacht werden, wie dies offensichtlich der Fall ist. Schon droht sie hier oder dort, eine Krise hervorzurufen, die dem ganzen Vorgang stark abträglich sein wird; und die ganze Aufhetzung zur Vertreibung des Weissen wirft ein zweifelhaftes Licht auf die dem Inder zugeschriebenen Absichten. Wenn also Russland Asien bei der Vertreibung der Europäer aus Afrika unterstützt, weiss es, dass es Europa unheilbar schwächt und wahrscheinlich im gleichen Zuge die expansionistischen Ambitionen der Indischen Union zunichte macht.

Mag sein, dass nicht alle diejenigen, die ihren Antikolonialismus hinausschreien, ein Bewusstsein davon haben, was das

in Afrika heisst, wenn es einmal angewandt wird. Europa und der Westen im Allgemeinen könnten sich allerdings eine solche Unkenntnis nie verzeihen.

## VII.

Doch zurück zu Goa! Wenn dieser Fall Goa aufhören soll, zumindest als akute Krise und Konfliktsursache zwischen Portugal und der Indischen Union, dann lassen sich anscheinend nur drei Auswege voraussehen — ein gewaltsamer und zwei wesentlich friedliche.

Die gewaltsame Entscheidung wäre die von der Indischen Union durchgeführte Einverleibung durch Gewalt oder in anderen Worten die Kriegführung der Indischen Union gegen Portugal in Goa. Kein Zweifel, dass sie über genügende Mittel verfügt, um sich der Gebiete zu bemächtigen gegen den Widerstand, den die portugiesischen Kräfte dort leisten könnten. Vor dem klaren Augenschein dieses Ausganges und bei dem geringen territorialen und wirtschaftlichen Wert der Provinz im portugiesischen Gesamt fragen sich viele, weshalb Portugal Widerstand leisten würde. Der Grund ist, dass es die moralische Verpflichtung dazu hat. Wer sein Recht nicht verteidigt, hat es schon aufgegeben zugunsten dessen, der es ihm nehmen will, und gibt damit im Innern zu, dass er an seiner gerechten Sache zweifelt.

Eine friedliche Lösung wäre, wenn die Indische Union Goa *als Luft behandelt*. Es wäre eine widernatürliche Lösung, weil die Gebiete benachbart, die Bevölkerungen verwandt, die Geschäfte und Interessen gegenseitig sind oder sich überkreuzen; dennoch wäre es eine mögliche Lösung, wemgleich unter Verletzung der Charter der Vereinten Nationen, da keine gute Nachbarschaft bestehen kann, wenn man damit beginnt, das Dasein des Nachbarn zu ignorieren. Davon abgesehen wäre es jedoch für die Indische Union kein Problem, dass die Gebiete von Goa aus ihren Sorgen verschwänden, wie wenn sie aus dem Dasein schieden im Verfolg einer grossen Naturkatastrophe. Handel,



Schiffahrt, Transit, Auswanderung und Transfer würden verschwinden, aber die aus einer solchen Ausschaltung bis zur politischen Nichtexistenz eines kleinen Nachbarn sich ergebende Lage ist vorstellbar und möglich. Dann könnte es natürlich keine Ueberfälle mehr geben, kein Eindringen, keinen organisierten Terror, keine Presseangriffe, Protestmärsche und keine aggressiven Versammlungen. Goa würde ganz einfach *nicht mehr existieren*: einige Folgen wie diejenigen, die sich aus dem Vorhandensein von Zehntausenden goesischer Auswanderer in der Indischen Union ergeben würden, müssten eben hingenommen werden.

Die dritte und einzig wahre Lösung des Problems, soweit es zwischen zwei verantwortlichen Staaten gelöst werden kann, ist eine offene Verhandlung über alle jene Punkte, wo Nachbarschaft und Berührung Risiken darstellen oder Reibungen und Schwierigkeiten schaffen können. Die Portugiesische Regierung hat einige solche Punkte aufgeführt; der Regierung der Union mag an anderen gelegen sein. Und ohne andere Gedanken auf beiden Seiten als «Leben und Lebenlassen» müsste es möglich sein, Formulierungen zu finden für ein friedliches, ja freundschaftliches Zusammenleben, Punkte konvergierender Interessen und eine Lösung für bestehende oder mögliche Divergenzen. Ich glaube, dass die Indische Union nur auf diesem Wege wahrhaft gross werden, sich festigen und der von ihr angepriesenen Friedenspolitik Glauben verschaffen kann.





1507

VERLAG  
**S·N·I**  
LISSABON

